

Thüringen, den 07.06.2023

Ein Lager ist kein Zuhause, ein Lager ist kein sicherer Ort!

**Stellungnahme zum Brand in der Geflüchtetenunterkunft in Apolda am
Sonntag, den 4.6.2023 und der darauffolgenden Evakuierung und
Unterbringung der Betroffenen.**

Vernetzung in Solidarität mit den Betroffenen vom tödlichen Brand in Apolda

Erreichbar unter: seebruecke_erfurt@riseup.net

Am Sonntagmorgen (4.6.23) ist ein tödlicher Brand in einer Unterkunft für geflüchtete Menschen in Apolda ausgebrochen. Ein achtjähriges Kind ist gestorben und es gibt mehrere Verletzte. Unsere Trauer ist mit der Familie des Kindes und allen Angehörigen, denen wir unser tiefstes Mitgefühl aussprechen. Wir sind entsetzt und stehen in voller Solidarität mit den Bewohner*innen aus Apolda.

Die Ursachen des Feuers in Apolda sind bislang nicht vollständig geklärt, aber die entsetzlichen Folgen des Brandes sind nicht nur ein Werk der Flammen, sondern auch das Ergebnis eines Staates und einer Gesellschaft, die Migration kriminalisiert, Menschen ihrer Autonomie beraubt und sie dazu zwingt, auf engstem Raum und unter schlechten Bedingungen in Lagern zu leben!

Lager sind kein sicherer Ort, für niemanden!

Die Lager in denen Geflüchtete in Deutschland untergebracht werden sind oft sanierungsbedürftig und ihrer Bauweise nach nicht dafür gedacht, dass dort z.T. hunderte von Menschen über Jahre hinweg wohnen. Gerade in Notsituationen wird das deutlich: Die Flure und Treppen sind oft zu eng für eine schnelle Evakuierung, es kommt notwendigerweise zu Gedränge und gefährlichen Situationen.

Gerade für Familien mit jungen Kindern ist die Gefahr, in Notfallsituationen nicht schnell genug aus dem Haus herauszukommen, besonders groß.

Gleichzeitig sind Menschen in Sammellagern einer besonderen Gefahr ausgesetzt: Die Lager bieten eine Angriffsfläche für faschistische Gewalt und gefährden die Sicherheit und das Leben der Betroffenen. Allein im letzten Jahr gab es in Deutschland ein Dutzend Brände in Geflüchtetenunterkünften. Neben Sachsen haben sich unter anderem auch Brandanschläge in Baden-Württemberg, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern ereignet. Im Berliner Stadtteil Pankow starb im Januar dieses Jahres eine syrische Mutter nach einem Brandanschlag.

2022 gab es insgesamt 121 Überfälle, Anschläge, Sachbeschädigungen und tätliche Angriffe auf Unterkünfte für Geflüchtete. Im Vergleich zum Vorjahr war das ein Anstieg von 73%. Seit 2015 gab es 1.000 solcher Angriffe, von denen 120 Brandanschläge waren (Informationen von Ezra - Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen). Die rassistische Stimmungsmache durch die AfD sowie Teile der CDU und der deutschen Medienlandschaft facht die in vielen Gegenden Deutschlands herrschende Pogrom-Stimmung weiter an.

Auch in Apolda gab es Ende letzten Jahres, am 11.10.2022, einen Anschlagversuch auf ein Lager für Geflüchtete. Ganz in der Nähe, am Bahnhof Straußfurt wurden zwei Tage vorher zwei zündfähige Sprengsätze gefunden, einer davon eingewickelt in eine Hakenkreuzfahne.

Aber welche Konsequenzen wurden aus dieser offensichtlichen Gefahrenlage für die Geflüchteten in Apolda und thüringenweit gezogen?

Nach dem Brand in Apolda am Sonntagmorgen zeichnet sich ein düsteres Bild: So waren zwar die ersten Kräfte der freiwilligen Feuerwehr bereits 9 Minuten nach Eingang des Notrufes um 4:57h vor Ort, jedoch berichten mehrere Bewohner*innen unabhängig voneinander, dass es bereits um 4:40h in der Unterkunft gebrannt hätte und sie somit fast eine halbe Stunde auf die Feuerwehr hätten warten müssen.

Diese Verzögerung erklärt sich nach unseren Informationen dadurch, dass die Unterkunft in Apolda nicht direkt an die zentrale Meldestelle der Feuerwehr in Apolda angebunden gewesen ist, so bedurfte es erst die Notrufe von Bewohner*innen oder des Sicherheitsdienstes, bevor der Großeinsatz ausgelöst werden konnte. Die dadurch entstandene Verzögerung hätte verhindert werden können.

Es bleiben zahlreiche Fragen, für die die richtigen Adressat*innen gefunden werden müssen: Warum gab es mutmaßlich keinen zentralen Feueralarm, der mit der Meldestelle verbunden war sondern allein Rauchmelder in den Wohneinheiten, die zu spät die Rauchentwicklung registrierten, als der Rauch längst schon aus dem Mittelbau des Gebäudes in die Wohnbereiche kroch?

Wann gab es die letzte Brandschutzübung mit den Bewohner*innen der Unterkunft in Apolda?

Welche zusätzlichen Schutzmaßnahmen wurden nach dem Anschlagsversuch letztes Jahr in den Unterkünften in Apolda und in Thüringen getroffen?

Können Brandursachen, die aus einer unzulänglichen Sanierung oder einem mangelhaften Zustand der Küchengeräte wie Herde etc. resultieren, ausgeschlossen werden?

All das kam und kommt zu spät für den 8-jährigen, der im Feuer sein Leben verlor.

Was muss noch passieren, damit die Leben von Schutzsuchenden in Deutschland endlich wirklich geschützt werden?

Musste wirklich erst ein Kind sterben, damit über Sicherheit von geflüchteten Menschen geredet wird und wie viele Menschen müssen sterben, bevor der Lagerunterbringung endlich ein Ende gesetzt wird?

Die Evakuierung in eine umfunktionierte Fabrikhalle in Hermsdorf war eine zusätzliche Belastung für Betroffene und - trotz des Engagements vieler Rettungskräfte, Seelsorger*innen und weiteren Helfer*innen - geprägt von der Bürokratie eines rassistischen Lagersystems.

Wenn die Migrationsministerin Doreen Denstädt hinsichtlich der Evakuierung der Menschen aus Apolda von einem "reibunglosen und für die Betroffenen nicht zusätzlich belastenden Ablauf" spricht, lässt sich das vor dem Hintergrund der Erfahrungsberichte vieler Betroffener nur als Hohn oder aber Unwissenheit über die Wahrnehmung der Betroffenen deuten. Vor dem Veröffentlichen solch eines Statements in einer Pressemitteilung sollte eine Migrationsministerin nicht nur mit Funktionsträger*innen, sondern auch mit den Migrant*innen selbst gesprochen haben.

Die betroffene Familie und etwa 20 weitere Personen wurden in Apolda untergebracht. Die Familie wird dort betreut und kann Besuch empfangen.

Der größte Teil, der vom Brand Betroffenen wurde demgegenüber nach Hermsdorf in eine umfunktionierte Fabrikhalle gebracht.

So fuhren, wie von offizieller Seite bestätigt, die ersten Busse zur Evakuierung der Betroffenen mehr als 7 Stunden nach dem Brand in Apolda ab (12.30). In dieser Zeit saßen die gerade aus einem brennenden Haus geflohenen Menschen in der prallen Sonne auf einem Sportplatz gegenüber des Lagers. Laut einer Aussage der Landrätin gegenüber dem mdr gab es wohl auch schattige Plätze.

Die Menschen kamen nur mit der Kleidung die sie am Körper trugen. Einige Menschen trugen bis auf irgendwann verteilte Rettungsdecken nur Unterwäsche. Es herrschte große Traurigkeit und Entsetzen.

Entgegen offizieller Darstellungen berichteten uns zahlreiche Betroffene, dass sie in dieser Zeit bis auf etwas Wasser und einem Apfel keinerlei Essen erhielten.

Über die gesamte Wartezeit hinweg und bis zur Ankunft in Hermsdorf wussten viele Menschen nicht, wohin sie gebracht würden. Auf Nachfragen wurde ihnen nicht konkret geantwortet. Vor allem hatten sie einen sicheren Ort erwartet, an dem sie endlich zur Ruhe kommen und sich von dem Schock erholen könnten.

Eine Person wollte nicht mit den Bussen zu der ihr unbekannt Destination fahren, da sie an dem Tag zur Arbeit musste, wurde aber bei dem Versuch zu gehen von der Polizei festgehalten, die den Sportplatz umstellt hatte, und mitgenommen.

Nachdem die Betroffenen in Hermsdorf an der zur Erstaufnahme umfunktionierten Lagerhalle angekommen waren, wurde darauf bestanden, alle Betroffenen schriftlich zu registrieren, bevor man sie in das Gebäude ließ. Die zuletzt registrierten Menschen warteten bis nach 18 Uhr auf dem Asphaltvorplatz der Lagerhalle auf Einlass.

Nach übereinstimmenden Berichten von Betroffenen und einem Mitarbeiter des DRK gab es erst nach Einlass ins Lager etwas zu essen, einige Betroffene blieben also - abgesehen von einem Apfel - bis zu 13 Stunden nach dem Feuer ohne Mahlzeit.

Obwohl an der Kleidung vieler Betroffener noch der giftige Rauch des Feuers klebte, wurde ihnen am Montagabend trotz vorheriger Versprechungen vom Roten Kreuz keine Wechselkleidung ausgehändigt. Als angereiste selbstorganisierte Helfer*innen dies mitbekamen, baten sie das Rote Kreuz, ihnen die - vorab beim RK abgegebenen - Kleiderspenden zurückzugeben, damit sie diese selbstständig verteilen könnten. Dies wurde mit der Begründung abgelehnt, dass die Kleiderspenden nun nicht mehr von der anderen Kleidung im Lager zu unterscheiden seien und man den Helfer*innen ja keine falschen Kleidungsstücke aushändigen könne.

Selbst am Montagnachmittag berichteten uns nach wie vor zahlreiche Menschen, keine Kleidung erhalten zu haben! Das wird zwar von offizieller Seite dementiert, aber tatsächlich tragen viele der Menschen noch dieselbe Kleidung, in der wir sie am Sonntag kurz nach der Evakuierung antrafen.

Eine junge Frau aus dem Lager in Hermsdorf erzählte uns am Montagnachmittag, dass sie immer noch keine Kleidung bekommen hätte und berichtete außerdem - wie viele andere auch - von einer erschütternden Ungleichbehandlung von Ukrainer*innen und den anderen Geflüchteten:

“Since Yesterday we need clothes, just to take a shower, because we had the smell of smoke, because we were next to the fire, so since yesterday we say ‘we need new clothes - just a t-shirt, just a t-shirt and underwear’. And they said ‘okay, we will give you later’ - Okay so we waited and were patient. We waited until today morning, and finally then I said: ‘okay we need a t-shirt to take a shower’, we cannot wear that t-shirt anymore. And they said, ‘we don't have any clothes right now here’. And we said ‘okay’. And I was going back to my sleeping place. And then I saw that people - the Ukrainian people - in front of my eyes, they went to a room and they got clothes - they took new clothes and also shoes and all this. That was a shock and a surprise for me and I went to the woman that was giving out clothes in this room and I said: ‘you can't just separate people like that and say, yes you're beautiful. You are Ukrainian you can

get that' and other people you say you can't get that. The woman became really rude, directly she told me: 'If you have a problem here, just go away.' And I said: 'Okay I will go - but I need clothes first' and she said 'I will force all of you out of here! I want just ukrainian people in this building!' That was so rude, really I cried so much.

Die Unterbringung in Hermsdorf ist eine Lagerhalle, es gibt keine Zimmer, lediglich gruppierte Doppelstockbetten, die mit Bauzäunen und Planen voneinander abgetrennt sind.

Die Halle ist sehr laut, es schallt. Zudem wird es tagsüber sehr heiß und es gibt keine Fenster. Eine dort untergebrachte Person hat einen Hund, der nun die ganze Nacht bellt und durch die Bauweise viele am Schlaf hindert.

In den einzelnen Bereich schlafen beispielsweise 6 Menschen, darunter zwei Familien zusammen. Für manche FLINTA*-Personen, beispielsweise für gläubige Muslim*innen, ist es schwer auszuhalten, vor den Augen anderer Männer schlafen zu gehen.

Ein Bewohner berichtete uns von einem Mann mit Behinderung, der Mitarbeitende sofort darauf hinwies, dass er wegen Verletzungen in den bereitgestellten Stockbetten nicht schlafen kann. Darauf sei in keinsten Weise eingegangen worden, so dass er sich selbst im Rollstuhl auf den Weg zurück nach Apolda gemacht habe.

Die Menschen, die in dem Lager in Apolda lebten, haben in der Mehrzahl einen Aufenthaltsstatus, viele haben Arbeit in Apolda, gehen dort zur Schule oder machen Ausbildungen. Wer im Chaos des Brandes den eigenen Ausweis nicht mitgenommen hat, darf zu allem Überfluss nun Hermsdorf nicht verlassen, bis die Ausländerbehörde einen neuen Ausweis ausgestellt hat.

Fast alle Menschen, mit denen wir gesprochen haben, beklagen das Fehlen jeglicher Kommunikation ihnen gegenüber von Seiten der Behörden, sie würden in ihrer gegenwärtigen Lage völlig im Unklaren gelassen über ihren weiteren Verbleib.

Diese Darstellung der Evakuierung und unsere vorherige Pressemitteilung von Sonntagnacht soll nicht die Bemühungen der über 150 Feuerwehrkräfte, der Busfahrer*innen, sowie derjenigen Sozialarbeiter*innen und Mitarbeiter*innen des Roten Kreuzes in Frage stellen, die versuchen die Betroffenen bestmöglich zu unterstützen. Wir sind allen Menschen dankbar, die sich seit Sonntagmorgen unbürokratisch und mit großer Kraft für eine Verbesserung der Lage der Betroffenen einsetzen!

Wir teilen die Trauer und Wut der Betroffenen und streiten für menschenwürdiges Wohnen und Bewegungsfreiheit für alle.

Wir fordern eine schnelle und konsequente Aufklärung der Brandursachen und Fehler bei der Evakuierung in Apolda und konkrete Konsequenzen!

Wir fordern die Thüringer Politik und Behörden zu einer sofortigen menschenwürdigen Versorgung der Menschen in Apolda und Hermsdorf auf – mit Geld oder bedarfsgerechten Sachleistungen.

Wir fordern den sofortigen uneingeschränkten Zugang zum gewohnten Lebens- und Arbeitsumfeld in Apolda! Dafür braucht es bis zur Rückkehr nach Apolda einen Pendelverkehr und vor allem unbürokratische Erlaubnis!

Wir fordern die sofortige Unterbringung in Wohnungen oder Hotels, insbesondere von Familien und anderen besonders Schutzbedürftigen!

Für die Abschaffung des Lagersystems, menschenwürdiges Leben in Thüringen und Bewegungsfreiheit für alle!

Wir fordern offene Grenzen, sichere Einreisewege, Aufenthalt, Bewegungsfreiheit, Teilhabe und Gerechtigkeit für alle!

Und: Wir werden weiter gemeinsam für diese Ziele kämpfen. Wir belassen es nicht bei Forderungen, sondern nehmen die Dinge selbst in die Hand, radikal solidarisch mit allen Menschen, die unter dem rassistischen Asylsystem zu leiden haben.